

NIEDERÖSTERREICH

# Windräder gegen leere Gemeindegassen

**Windkraft-Betreiber bieten Gemeinden viel Geld an. Doch in Wahlzeiten wird so mancher Bürgermeister zum Windrad-Gegner.**

GUDULA WALTERSKIRCHEN

ST. PÖLTEN. Der Windrad-Boom in Niederösterreich stößt zunehmend auf Widerstand. Während alle politischen Parteien, auch die Grünen, der Windkraft positiv gegenüber stehen, bilden sich nun immer mehr Bürgerinitiativen, die gegen die Windparks mobil machen. Treten sie als Liste an, könnten sie so manchen Bürgermeister bei der Gemeinderatswahl am 6. März vom Sessel stoßen.

Insgesamt stehen in Österreich bereits 424 Windräder, 190 davon wurden in Niederösterreich errichtet. Kurz vor dem Auslaufen der bisherigen Ökostrom-Regelung Ende 2004 wurden nochmals von den Gemeinden Grundstücke umgewidmet und Anträge für mehr als 100 neue Windräder vom Land Niederösterreich bewilligt.

Von Windrad-Gegnern wird nun in Frage gestellt, wie die Umwidmungen zustande kamen. Die Gemeinden widmen nämlich die Grundstücke vor allem deswegen um, weil ihnen von den Betreibern hohe Entschädigungen in Aussicht gestellt werden.

## Anzeigen gegen Bürgermeister

Besonders das Weinviertel gilt als Ausbaugbiet. Von 800 bis 5000 Euro pro Windrad und Jahr reichen die Beträge. Angesichts der meist leeren Gemeindegassen ist die Versuchung groß, den Wünschen zu entsprechen.

Der leidenschaftliche Windrad-Gegner und Leiter des Museumsdorfes Niedersulz, Wölfhart Redl, hat nun 24 Weinviertler Bürgermeister angezeigt. „Das ist Vorteilsannahme, die Bürgermeister wurden gekauft“, glaubt Redl. Persönliche Bereicherung will er den Bürgermeistern aber nicht unterstellen.

Juristen sehen diese sogenannten „Gestattungsverträge“ diffe-



Windparks sind für die einen wichtige Einnahmequelle, für die anderen eine optische Umweltverschmutzung.  
Frank Watzel

renziert. Die Grundeigentümer dürfen Entgelt für das Aufstellen eines Windrades verlangen. Anders ist die Lage bei den Gemeinden. „Für eine Widmung steht einer Gemeinde kein Entgelt zu“, erklärt Rechtsanwalt Stefan Günther von der von der Anti-Windkraft-Initiative „AWI“ beauftragten Kanzlei Dorda, Brugger und Joridis. Wenn für Hohheitsakte, wie eben eine Umwidmung, Geld versprochen würde, seien die Verträge sogar ungültig.

Die Gemeinden argumentieren, sie würden eine Entschädigung für die Benützung von Güterwegen durch Betreiber erhalten. Die Windpark-Gegner kontern: Für die Benützung öffentlicher Wege dürfe keine Benützungsgebühr verlangt werden.

## „Rasch durchgepeitscht“

Kritisiert wird auch die überfallsartige Erteilung der Bescheide. „Das sollte politisch noch rasch durchgepeitscht werden“, glaubt Tomo Goëss, Sprecher der Bürgerinitiative „AWI“ in der Weinviertler Kleingemeinde Bockfließ. 39 Windräder sollen dort gebaut werden. Mehr als die Hälfte der Gemeindebürger hatte gegen das Projekt unterschrieben.

Dies hat Bürgermeister Friedrich Zartel (VP) zu einem Sinneswandel vom Befürworter zum Gegner veranlasst. Schließlich kandidiert auch „AWI“ mit einer eigenen Liste bei der Gemeinderatswahl. Zartel holt sich nun sogar Unterstützung von der Landes-VP, um den Windpark zu verhindern.

Und er hat, wie auch die Bürgerinitiative, den Bescheid beantragt. „So lange rechtsstaatlich entschieden wird, müsste der Umweltsenat neu verhandeln“, meint Rechtsanwalt Günther.

Selbst Befürworter, wie der Pöysdorfer VP-Bürgermeister Karl Wilfing, sehen nun eine Sättigung an Windrädern. Die Anlage in Wilfersdorf mit 14 Rädern wird zwar im Sommer noch gebaut, eine Umwidmung in Pöysbrunn wurde wegen Widerstands aus der Bevölkerung aber abgelehnt.